

kommt, daß rund 2,5 Millionen der 8,7 Millionen in der Industrie Beschäftigten für den Export arbeiten, verstärken solche Faktoren die ökonomische Labilität des BRD-Imperialismus besonders.

Wie oft wurde nicht in der Vergangenheit von Vertretern des imperialistischen Herrschaftsystems behauptet, durch das Wirken des imperialistischen Staates in der Wirtschaft, durch „Planifikation“, „Globalsteuerung“ oder andere Formen staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik würden Methoden der Planmäßigkeit angewandt und dadurch Krisen und Widersprüche im Kapitalismus überwunden.

In der Tat, imperialistische Staaten unternehmen große Anstrengungen, der Anarchie und Spontaneität der kapitalistischen Entwicklung zu begegnen. Da es allerdings Ziel aller dieser staatsmonopolistischen Maßnahmen ist, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu sichern, werden damit zugleich die tiefen Widersprüche dieser Ausbeuterordnung erhalten.

Im Grunde trifft auf diese staatsmonopolistischen Aktivitäten zu, was Lenin feststellte: „Engels bemerkt... „Und wenn wir zu den Trusts übergehen ...“ so hört da auch die Planlosigkeit auf, und doch ist das Kapitalismus. Darauf hinzuweisen ist jetzt um so angebrachter, als wie einen ... staatsmonopolistischen Kapitalismus haben. Die Einführung der Planmäßigkeit befreit die Arbeiter nicht davon, Sklaven zu sein, die Kapitalisten aber streichen ihre Profite „planmäßiger“ ein.“<sup>(2)</sup> Die Resultate staatsmonopolistischer Wirtschaftspolitik sind Beweis für die Gültigkeit dieser Feststellung auch heute noch.

Alle diese Maßnahmen im Monopolinteresse führen deshalb

letztlich mit der weiteren Verschärfung des kapitalistischen Grundwiderspruchs zum Anwachsen der Labilität des Imperialismus. Das zeigt sich heute besonders drastisch auch in den zunehmenden Inflationstendenzen, den nicht zu überwindenden Währungskrisen in der gesamten kapitalistischen Welt, der hohen Arbeitslosigkeit in vielen kapitalistischen Ländern, den ununterbrochenen Preissteigerungen usw.

Wenden wir uns noch einmal der BRD zu. Zwar versprach hier der BRD-Wirtschaftsminister noch Ende 1967, die damalige Preissteigerung von 1,5 Prozent bis Ende 1971 auf 1 Prozent zurückzuschrauben. Die objektiven ökonomischen Gesetze des Kapitalismus erwiesen sich allerdings auch hier als stärker. Waren die Lebenshaltungskosten für alle privaten Haushalte schon bis Ende 1970 um 4 Prozent gestiegen, so erreichten sie bis September/Oktober 1971 bereits 5,9 Prozent.

Die ökonomische Labilität des BRD-Imperialismus kommt auch in der Agrarkrise zum Ausdruck. Sie offenbart sich genauso in strukturellen Krisen wie der des Steinkohlen-

bergbaus und in der chronischen, tendenziell zunehmenden Nichtauslastung von Produktionskapazitäten. Schließlich sind auch für den Imperialismus der BRD die hohen Staatsausgaben für Militarisierung, Rüstung, ideologische Diversion usw. Faktoren, die unter anderem die Inflationstendenzen und damit die ökonomische Labilität mit anwachsen lassen.

Insgesamt gibt die Tendenz des weiteren Anwachsens der ökonomischen Labilität nicht nur der Wirtschaft der USA, Großbritanniens usw., sondern auch der Wirtschaft der BRD das Gepräge.

Für die Werktätigen ist das Resultat dieser Entwicklung wachsende Ausbeutung, zunehmende soziale Unsicherheit, usw., auch ihre Situation wird labiler. Während 1970 in der BRD die 100 größten Aktiengesellschaften rund 3,3 Milliarden DM höhere Profite (= 4- 9,2 Prozent) als im Vorjahr realisieren konnten — gegenüber 1966 waren es sogar 43 Prozent mehr — ging der Anteil der Nettolöhne und -gehälter am sogenannten Nettosozialprodukt im gleichen Zeitraum von 40,6 auf 39 Prozent zurück.

## Verschärfte Klassenauseinandersetzungen

Friedrich Engels schrieb: „Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.“<sup>(2)</sup> Das gilt selbstverständlich auch für die BRD. Das beweist der Aufschwung der Streikbewegung in den letzten Jahren; von den Septemberstreiks des Jahres 1969 bis zum Streik der Metallarbeiter Baden-Württembergs gegen Ende 1971. Zunehmende Kampfbereitschaft und Kampfaktionen gegen so-

ziale Unsicherheit, wachsender Widerstand gegen kapitalistische Preiserhöhungen, Steuerlasten, Lohndruck, gegen Umweltverschmutzung u. a. m. sind Ausdruck des anschwellenden Widerspruchs zwischen der Arbeiterklasse, aber auch der Bauernschaft, der Intelligenz und den Mittelschichten auf der einen, der Monopolbourgeoisie und des von ihr beherrschten Staates auf der anderen Seite. Die Vertiefung des kapitalistischen Grundwiderspruchs ist Grundlage für jene Entwicklung, zu der